



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 28. Januar 2020
Kantonsratspräsident Josef Wyss

P 105 Postulat Zemp Gaudenz und Mit. über die Weiterentwicklung des 9. Schuljahres / Bildungs- und Kulturdepartement

Der Regierungsrat beantragt Erheblicherklärung.

Helene Meyer-Jenni und Lisa Zanolla beantragen teilweise Erheblicherklärung.

Gaudenz Zemp hält an seinem Postulat fest.

Helene Meyer-Jenni: Ich möchte drei kurze Vorbemerkungen vorbringen: Erstens: Heterogenität ist eine der ganz grossen Herausforderungen der Volksschulen, und zwar von der Einschulung bis zum Übertritt. Dies ist keine neue Erkenntnis. Darum fordert die SP beharrlich, adäquat überall darauf zu reagieren oder noch besser zu agieren. Zweitens: Dass gerade auch im 9. Schuljahr umfassende Angebote und kompetente Betreuung von nie ermüdenden Lehrpersonen notwendig sind, ist für die SP zentral. Dabei ist zu beachten, dass viele Lehrpersonen der Sekundarstufe I sich schon lange für die von Gaudenz Zemp geforderte individuelle Betreuung ihrer Lernenden engagieren. Sie sind über das Schulzimmer und oft auch über ihren eigenen Lehrauftrag hinaus vernetzt. Drittens: Dass auch die notwendigen Kompetenzen dieser Lehrpersonen gefördert und die Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, ist für die SP ein wesentlicher Faktor. Das Postulat rennt schon weit offene Türen ein und gibt uns die Plattform, einmal mehr die anspruchsvollen Aufgaben und Leistungen der Volksschule auch im 9. Schuljahr zu thematisieren. Es ist schon fast ironisch, dass vor zehn Jahren bereits einige von den nun geforderten Massnahmen entwickelt wurden, wie zum Beispiel das Case Management Berufsbildung, die individuelle Begleitung in der Berufsbildung oder auch ein departements- und dienststellenübergreifendes Nahtstellenmanagement am Übergang von der Sekundarstufe I zur Berufsbildung. Wir kennen die Geschichte: Die Mittel wurden verknappt, Leistungen wurden reduziert und diverse Projekte nicht weitergeführt. Das Postulat soll also wieder etwas anstossen; es rennt wie gesagt offene Türen ein, gerade auch weil wir wissen, dass die Dienststelle Volksschulbildung die PH bereits im Herbst beauftragt hat zu prüfen, ob eine Option «BM-Start im 9. Schuljahr» bei Lernenden auf Interesse stossen würde. Dazu wurden Pilotschulen bestimmt und Lernende, Eltern, Lehrpersonen und Schulleitungen befragt. Ein Bericht wird wahrscheinlich jetzt vorliegen, dieser würde uns interessieren. Die SP verlangt eine teilweise Erheblicherklärung aus zwei Gründen: Erstens: Das Primat des 9. Schuljahres muss unbedingt klar bei der Volksschule liegen. Die Lehrpersonen der Volksschule haben den Auftrag und die Kompetenzen, die Lernenden von Anfang bis Ende der obligatorischen Schulzeit im ganzen Spektrum – von den ganz Starken bis zu den Schwachen – zu begleiten und zu stärken. Dies soll auch so bleiben. Zusätzlich differenzierte Förderangebote sollten innerhalb der Volksschule bereitgestellt werden, damit sind wir einverstanden. Der Übergang in die weiterführenden Bildungsangebote sollte stetig weiterentwickelt und verbessert sowie die Zusammenarbeit mit externen Organisationen und Institutionen intensiviert werden. Aber die Volksschule ist nicht nur Auftragnehmerin von sehr unterschiedlichen Bedürfnissen,

sondern klar zuständig für die Lenkung und Steuerung der ganzen obligatorischen Schulzeit. Zweitens wollen wir die Finanzierung der zusätzlichen Erledigungen der Massnahmen sehen, welche im Konzept der Regierung bereits angekündigt werden. Wir sind nicht der Meinung, dass ohne Ressourcen weitere Massnahmen für das 9. Schuljahr in Auftrag gegeben werden können.

Lisa Zanolla: Das Postulat über die Weiterentwicklung des 9. Schuljahres hat innerhalb der SVP-Fraktion eine rege Diskussion ausgelöst. Für die SVP ist es unbestritten, dass es Schulabgänger gibt, die keine Lehrstelle haben oder ganz einfach noch nicht dafür bereit sind. Ein Teil der Fraktion befürwortet die inhaltliche Argumentation der Regierung und kann die Erheblicherklärung nachvollziehen. Der andere Teil der Fraktion findet, dass diese Massnahmen die gewünschten Ziele nicht erreichen können, da in den letzten Jahren das 9. Schuljahr bereits laufend weiterentwickelt worden ist. Die Bemerkung des Regierungsrates, dass die Erfahrung zeige, dass die Lernenden im 9. Schuljahr ganz unterschiedlich weit sind, ist nachvollziehbar. Die Bandbreite geht von Lernenden ohne Anschlusslösung über solche, welche sich auf eine Aufnahmeprüfung vorbereiten, bis hin zu jenen, welche bereits zu Beginn des Schuljahres einen unterzeichneten Lehrvertrag haben. Die Sekundarschule und speziell das 9. Schuljahr spielen in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle, da Jugendliche durch spezifische entwicklungspsychologische Aspekte beeinflusst und zusätzlich in der Pubertät mit Persönlichkeitsfragen konfrontiert werden. Diese natürlichen Entwicklungen und Veränderungsformen werden auch weiterhin allen Lernenden in ihrer Schullaufbahn begegnen. Das Ziel des Postulats wäre, im 9. Schuljahr die Schulabgängerinnen und -abgänger zu mehr Selbständigkeit im Hinblick auf die berufliche Ausbildung vorzubereiten. Es ist schön, dass dieses Ziel mit Massnahmen wie Förderlektionen, Coachings und Lernateliers erreicht werden soll. In der Umsetzung wird es jedoch schwierig. Die Kosten und der Nutzen sind für uns fraglich. Aus all diesen Gründen stellt die SVP-Fraktion den Antrag, das Postulat teilweise erheblich zu erklären.

Gaudenz Zemp: Die 3. Sekundarklasse ist anspruchsvoll, die Perspektiven und Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler driften in dieser Zeit rasch auseinander. Dazu kommt, dass in dieser Zeit die Lernenden in der Pubertät sind, das heisst, dass sich der individuelle Charakter sehr stark ausprägt. Da kommt eine Volksschule automatisch an die Grenzen ihrer Möglichkeiten. Wenn es aber nicht gelingt, in dieser Klasse die verschiedenen Perspektiven und Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler besser abzuholen, dann ist das 9. Schuljahr für viele ein verlorenes Jahr. Ich glaube mit dieser Analyse sind wir alle einverstanden. Wie es von der SP gesagt wurde, gab es auch in der Vergangenheit schon Vorstösse in diese Richtung. Es ist ein bekanntes Problem, das man angehen sollte. Das Postulat ist deshalb offen formuliert. Es ist ein Auftrag an die Regierung, die Weiterentwicklung zu prüfen und Lösungen zu suchen. Die Regierung hat verdankenswerterweise bereits skizziert, wie diese Lösungen aussehen könnten. Ich bin froh, wenn man dies nun hier diskutiert und der Regierung einen Hinweis gibt, in welche Richtung es gehen sollte. Zum Votum der SP: Es ist für mich unbestritten, dass das Primat bei der Volksschule sein muss. Es geht hier jedoch primär um einen besseren Übergang, und da ist es gut, wenn die Dienststelle Volksschulbildung mit der Dienststelle Berufs- und Weiterbildung und den Lehrbetrieben zusammenarbeitet. Dieses Dreieck ist schon in der Sekundarstufe stärker zu betonen. Die Finanzierung sowie Kosten und Nutzen sind zu klären, dies ist auch für die FDP ein zentrales Thema. Ich vertraue darauf, dass der Bildungs- und Kulturdirektor dies genau prüfen wird. Persönlich begrüsse ich, wie die Regierung das Problem angehen möchte, nämlich ganzheitlich. Ich befasse mich schon seit rund einem Jahr mit der Thematik, und drei Bereiche haben mich dazu gebracht, dieses Postulat jetzt einzureichen. Erstens: Die Verantwortlichen der Berufsmatura sind der Meinung, man sollte diese flexibilisieren, und das Vorziehen auf die 3. Sekundarstufe ist eine Möglichkeit. Es ist wichtig, dass man der PH diesbezüglich den Auftrag gegeben hatte, und ein Konzept liegt vor. Zweitens: Bei den Präsidentinnen und Präsidenten der Berufs- und Branchenverbände ist man sich auch darin einig, dass man unbedingt die Lehrbetriebe mehr in die 9. Klasse einbeziehen sollte. Denn die meisten Lernenden, die bereits einen

Lehrvertrag in der Tasche haben, lassen es dann etwas schleifen. Die Lehrbetriebe sind bereit, sich hier mehr zu engagieren, was wohl auch im Sinn der SVP ist. Drittens habe ich festgestellt, dass man bei der Volksschulbildung auch am Punkt ist, um nach zehn Jahren wieder einen neuen Versuch zu starten. Ich halte an meinem Postulat fest. Ich hoffe auf ein Konzept, das wir dann unter den von der SVP und der SP angesprochenen Aspekten beurteilen können.

Angelina Spörri: Lernende befinden sich entwicklungspsychologisch und auch was die Zukunftsplanung betrifft in sehr unterschiedlichen Stadien. Dieser Heterogenität muss Rechnung getragen werden. Die Möglichkeit, dass Topschüler mit unterzeichnetem Lehrvertrag von einem vorgezogenen Berufsmaturitätsunterricht profitieren können, scheint aus unserer Sicht eine Möglichkeit zu sein, die es sich zu prüfen lohnt. Auch schulumüde und vor allem renitente Jugendliche sollten ihre Lehrstelle nach Möglichkeit schon früher antreten dürfen. Ob das von den Arbeitgebern auch so unterstützt wird, bleibt abzuwarten. Es darf aber dann nicht sein, dass Lernende im 9. Schuljahr auf Kosten des Unterrichts und ohne entsprechende Ferienentlöhnung arbeiten gehen. Auch sehen wir Probleme bei der Umsetzung, bringt es doch eine ziemliche Unruhe in die Regelklasse. Ziel soll bleiben, dass das 9. Schuljahr so gestaltet ist, dass es für alle Lernenden mit individuellem Wissenszuwachs abgeschlossen werden kann. Das ist die Aufgabe der Lehrpersonen, welche sie auch gut meistern. Zudem sieht der Lehrplan 21 das bereits so vor. Erst im Sommer 2021 werden die ersten Jugendlichen mit dem neuen Lehrplan zumindest durch die Sekundarstufe geleitet worden sein. Bis Schülerinnen und Schüler komplett damit durch die Schulzeit gehen, wird es 2026. Deshalb gilt es vor weiteren Reformen ein bisschen abzuwarten. Aus diesem Grund unterstützt die GLP-Fraktion den Antrag von SP und SVP auf teilweise Erheblicherklärung.

Andy Schneider: Die Weiterentwicklung des 9. Schuljahres ist wichtig und richtig. Aus meiner Sicht kann jedoch die Priorität nicht auf die Erhöhung der Berufsmaturität gelegt werden, da besteht bereits ein gutes Angebot sowohl berufsbegleitend als auch im Vollzeitstudium nach der Berufslehre. Dass die Quote von 95 Prozent der 25-Jährigen, welche die Sekundarstufe II abgeschlossen haben, auf 98 Prozent erhöht werden soll, ist eine gute Zielsetzung. Doch auf der anderen Seite gibt es ein gewaltiges Problem bei Schülerinnen und Schülern, bei denen die Unterstützungsstrukturen fehlen. Bei ihnen beträgt der Prozentsatz nur 75 Prozent. Dies ist eine Hypothek für die Jugendlichen selbst, aber auch für die gesamte Gesellschaft. Hier ist zwingend Handlungsbedarf angesagt. In einer Überprüfung ist der Fokus auf diese Gruppe zu legen. Als probates Mittel ist die frühe Förderung zielführend, unser Rat muss da auf die sozialpolitischen Herausforderungen reagieren. In Rothenburg habe ich vor Jahren das Projekt «Lift» für Jugendliche initiiert, welche mit einem schwierigen Berufseinstieg konfrontiert sind. Schwierig hierbei ist, genügend Wochenarbeitsplätze zu finden, obwohl sich der Gewerbeverein Rothenburg dafür einsetzt. Es ist also auch für das Gewerbe nicht ganz einfach, diese Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen. Es ist jedoch auch eine zusätzliche und fordernde Arbeit für die Lehrpersonen. Bereits heute sind verschiedene Unterrichtsangebote im 9. Schuljahr Tatsache. Der Themenkatalog, den die Regierung aufzeigt, wird die Lehrpersonen in grossem Masse fordern. Dies kann nicht zum Nulltarif erreicht werden, da verbesserte Qualität nun einmal kostet. Die Weiterbildung der Lehrpersonen muss im Vordergrund stehen, die Belastung des Lehrkörpers bewegt sich bereits am oberen Ende. Es ist nicht möglich, immer neue Angebote und Verpflichtungen zusätzlich zum Berufsauftrag der Lehrpersonen umzusetzen. Wie bereits gesagt steht die SP für die teilweise Erheblicherklärung ein.

Noëlle Bucher: Ich kann mich grösstenteils meinen Vorrednerinnen und Vorrednern von der SP- und der GLP-Fraktion anschliessen. Die G/JG-Fraktion begrüsst die teilweise Erheblicherklärung des Postulats P 105. Die Stossrichtung des Postulats – die Flexibilisierung des 9. Schuljahres – unterstützen wir. Wir können jedoch nicht hinter allen Forderungen gleichermassen stehen. Der Fokus auf besonders leistungsstarke und besonders schulumüde Lernende überzeugt mich persönlich nicht. Wird das 9. Schuljahr

flexibilisiert, sollten alle Lernenden davon profitieren. Warum sollte ein Praxiseinsatz in einem Betrieb nur für schulmüde Lernende möglich sein? Im Kanton Bern beispielsweise, wo das 9. Schuljahr bereits flexibilisiert worden ist, können alle Lernenden einen Einblick in die Berufswelt bekommen, welcher über eine Schnupperlehre hinausgeht. Weiter bezweifeln wir, dass Lehrpersonen im Kanton Luzern mit den zur Verfügung stehenden Mitteln in der Lage sind, die Flexibilisierung des 9. Schuljahres in hoher Qualität und so wie vom Postulanten gefordert umzusetzen. Die Flexibilisierung bedingt zusätzliche Mittel, und diese sehe ich weder in der Forderung des Postulats noch in der regierungsrätlichen Stellungnahme. Schliesslich sind die Grünen und Jungen Grünen der Meinung, dass die Flexibilisierung und die Differenzierung viel früher beginnen und konsequent umgesetzt werden sollten. Wenn man dies erreichen würde, bräuchte es die Differenzierung im 9. Schuljahr vielleicht gar nicht mehr.

Priska Galliker: Das Ziel des Kantons Luzern, dass 98 Prozent der jungen Erwachsenen mit 25 Jahren eine Ausbildung abgeschlossen haben, ist nicht nur volkswirtschaftlich von grosser Bedeutung. Um dieses Ziel zu erreichen, gibt es in unserem Bildungssystem verschiedenste Möglichkeiten. Die Schnittstelle zwischen dem Abschluss der obligatorischen Schulzeit und dem Start der Ausbildung hat darum eine grosse Bedeutung. Wir haben einerseits die sehr schwachen Schülerinnen und Schüler, die schulmüde sind und die, welche am Ende der obligatorischen Schulzeit keinen Plan haben, was sie mit ihrem Leben anfangen sollen. Aber andererseits gibt es auch die begabten, fleissigen Schülerinnen und Schüler, welche sich mit weiterführenden Schulen befassen, mit anspruchsvollen Lehren und teilweise auch mit der Berufsmaturität. So heterogen wie unsere Bevölkerung sind auch unsere Schulklassen. Das 9. Schuljahr ist ein spezielles Schuljahr, da man vorher acht Jahre lang fixe Wochenstundentafeln hatte, was nun wegfällt. Nur zwei Drittel der Wochenstundentafel sind vorgegeben, ein Drittel wird individuell gewählt je nach Berufswunsch. Dazu kommen Förderlektionen, welche gemäss den Resultaten des Stellwerktests 8 individuell mit jedem Schüler und jeder Schülerin geplant werden. Hinzu kommt der Projektunterricht, welcher mit einer eigenen Abschlussarbeit abgeschlossen wird. Dass in diesem 9. Schuljahr jetzt noch weitere individuelle Angebote hinzugefügt werden, ist von mir, der CVP, aber auch nach einer Umfrage im Lehrerzimmer nicht aus der Luft gegriffen. Fit für die Ausbildung, das muss unser Ziel sein. In der Antwort der Regierung ist ein ganzer Katalog an möglichen ergänzenden Massnahmen aufgelistet. Interessant fand ich die Aussage, dass hier schon Konzepte vorliegen würden und man diese zeitnah umsetzen könne. Ich nehme an, dass der Postulant mit diesem Prüfauftrag offene Türen eingerannt hat. Die CVP-Fraktion unterstützt die Idee und somit auch die Erheblicherklärung des Postulats P 105.

Urban Sager: Ich habe jedes Jahr mit Abgängerinnen und Abgängern des 9. Schuljahres zu tun; ich unterrichte auf der Sekundarstufe II und bin damit mitverantwortlich, dass wir die Abschlussquote auf 98 Prozent erhöhen können. Das ist eine grosse Herausforderung. Ich möchte klarstellen, dass für mich die Aussage, das 9. Schuljahr sei ein verlorenes Jahr, eine starke Übertreibung ist. Dies kann auf Einzelne zutreffen, doch der Grossteil der Schülerinnen und Schüler profitiert auch vom 9. Schuljahr sehr. Die Volksschulen reagieren bereits auf die Herausforderung, und mit der Lockerung des Stundenplans sind schon viele Möglichkeiten geschaffen worden. Die Volksschule ist im 9. Schuljahr in keiner Art und Weise an einer Grenze. Wie Helene Meyer-Jenni bereits sagte, ist es der SP wichtig, dass das Primat bei der Volksschule liegt, denn sie kann diese Herausforderungen bewältigen. Zentral ist, dass es nicht nur darum geht, Kosten und Nutzen abzuwägen, sondern klar auch darum, die benötigten Ressourcen aufzuzeigen, vor allem auch bei den Lehrpersonen. Die vom Regierungsrat formulierten neuen Zusatzangebote, die teilweise schon bestehen, sind gut, sie verlangen aber den Lehrpersonen auf der Sekundarstufe viel ab. Es geht sehr stark um die individuelle Förderung, und hier ist es uns wichtig zu wissen, wie diese mit den momentanen Ressourcen umgesetzt werden soll. Wenn man diese Angebote jetzt einfach noch zu den bereits bestehenden Aufgaben hinzufügt, dann werden die Lehrpersonen in dem sonst schon anspruchsvollen 9. Schuljahr an ihre Grenzen kommen. Dies will die SP

auf keinen Fall, und deshalb beantragt unsere Fraktion die teilweise Erheblicherklärung.

Rolf Bossart: Wir haben bereits viel von der Lehrerseite und über die Kosten gehört, jedoch wenig von den Praktikern. Ich sehe mich als einer dieser Praktiker, da ich schon länger als Ausbilder tätig bin, und ich wirke auch in den Branchenverbänden mit. Ich habe das Postulat P 105 mitunterzeichnet und unterstütze die Erheblicherklärung. Die Lehrer nehmen sicher viel Aufwand bei der Betreuung der Lernenden auf sich, doch auch die Ausbildungsbetriebe steuern viel bei. Es ist in unserem Interesse, dass Fachleute ausgebildet werden. Ich frage mich jedoch, ob man das 9. Schuljahr noch mehr belasten sollte. Aufpolieren funktioniert nicht, man muss vorher schleifen. Wir vergessen, dass wir die ersten acht Jahre schleifen müssen und dürfen. Dies machen die Lehrpersonen. Wir Ausbilder möchten bereits geschliffene Lernende, wir möchten diese nicht noch aufpolieren. Trotzdem sehen wir ja im Moment, wer zu uns kommt: Die Lernenden haben Lücken bei den MINT-Fächern, und auch im Lesen und Schreiben hinken viele hinterher. In der Praxis gibt bei uns ein ehemaliger Berufsschullehrer in diesen Bereichen Nachhilfe. Ich frage mich, was genau im 9. Schuljahr noch verbessert werden soll, ohne mehr Kosten zu verursachen. Dies war auch die grosse Frage innerhalb der SVP-Fraktion: Wer wird das bezahlen? Wer unterstützt die Berufsausbildner? Wie sind die Schnittstellen geregelt? All dies steht noch in den Sternen. Ich unterstütze natürlich das Postulat P 105, und ich bitte die Regierung, die oben genannten Fragen zu klären.

Daniel Rüttimann: Auch ich spreche aus der Praxis, nämlich aus der Sicht der Gemeinden. Es ist klar, dass die Sekundarschule den Bildungsauftrag hat und damit verbunden auch die Verantwortung für gute Anschlusslösungen. Wie wir bereits gehört haben, haben verschiedene Schulen eigene Projekte aufgebaut, um die Qualität der Anschlusslösungen zu verbessern. Die Angebote werden ausgebaut, es wird flexibel reagiert, es wird gefördert und unterstützt. Entscheidend und auch unser Auftrag ist aber, dass junge Erwachsene einen Berufsabschluss machen können. Dies ist unser Ziel, und wir müssen dafür möglichst gute Rahmenbedingungen schaffen. Das Postulat geht in die richtige Richtung. Wir brauchen dazu aber auch die nötigen Ressourcen.

Für den Regierungsrat spricht Bildungs- und Kulturdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: Das 9. Schuljahr ist in der Tat ein spezielles, aber auch ein verführerisches Jahr. Speziell ist es, weil es an den Schnittstellen zu den weiterführenden Schulen und den Berufslehren liegt. Es gibt auch Schülerinnen und Schüler, die noch keine Anschlusslösung haben. Verführerisch ist es, weil einige Lernende schon genau wissen, was sie nachher tun werden und sich schon darauf vorbereiten. Vielleicht haben sie schon einen Lehrvertrag, dann ist das letzte halbe Jahr nicht mehr ganz so motivierend. Die verbleibende Zeit muss möglichst gut und effizient genutzt werden. Es macht Sinn, wenn man sich gut abspricht mit der darüberliegenden Schulstufe und den Übergang gemeinsam plant und umsetzt. Wir müssen nun ein richtiges Konzept zur Prüfung erstellen, das den Namen auch verdient. Wir brauchen eine breite Planung in Absprache mit den nachfolgenden Schulen, dann werden wir auch Mengengerüste abschätzen können. Das führt dann auch dazu, dass Ressourcen personeller und allenfalls auch finanzieller Art benötigt werden. Der Regierungsrat ist bereit, sich dieses Themas anzunehmen, damit wir die Zukunft unserer Schülerinnen und Schüler gut planen können. Aus diesem Grund bitte ich Sie, die Erheblicherklärung zu unterstützen.

Der Rat erklärt das Postulat mit 58 zu 52 Stimmen erheblich.